

Joachim Hirsch/Oliver Brüchert/Eva-Maria Krampe u.a.

Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur

Herausgegeben von der AG links-netz



VSA

Joachim Hirsch/Oliver Brüchert/Eva-Maria Krampe u.a.
Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur

Joachim Hirsch / Oliver Brüchert / Eva-Maria Krampe u.a.

Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur

Herausgegeben von der AG links-netz

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.links-netz.de

© VSA: Verlag 2013, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-577-3

Inhalt

AG links-netz Um was es geht	7
Heinz Steinert (4.8.1942-20.3.2011) Über die hilflose Verteidigung des Sozialstaats, wie er war	20
Die Notwendigkeit einer Sozialen Infrastruktur, die von Lohnarbeit unabhängig ist	
Kirsten Huckenbeck/Thomas Gehrig Lohnarbeitszentrierte Sozialversicherungssysteme am Ende?	32
AG links-netz Sozialpolitik als Bereitstellung einer Sozialen Infrastruktur	50
Wolfgang Völker Bedingungsloses Grundeinkommen und Soziale Infrastruktur	75
Eva-Maria Krampe Gesundheitswesen: für alle gleich, dezentral und steuerfinanziert	95
Oliver Brüchert Bildung für alle – und zwar umsonst!	118
AG links-netz Wohnen als Infrastruktur und warum es kompliziert ist, das zu denken	135
Gruppe ZAK ³ Tübingen Ein Grundrecht auf Mobilität	144

Ellen Bareis / Helga Cremer-Schäfer	
Haushalt und Soziale Infrastruktur: komplizierte Vermittlungen	161
Michael May	
Soziale Infrastruktur und Politik des Sozialen	185
Thomas Gebauer	
Von Wohltätigkeit zu Solidarität	192
Dimensionen und Möglichkeiten einer globalen Gesundheitspolitik	
Die Autorinnen und Autoren	212

Um was es geht

Wenn man sich von dem in Politik und Medien vorherrschenden neo-liberalen Geschwätz den Blick nicht ganz verstellen lässt, fallen an den herrschenden Zuständen einige Merkwürdigkeiten ins Auge. Jahr für Jahr werden mehr Güter und Dienstleistungen – das so genannte Sozialprodukt – erzeugt, aber gleichzeitig wächst die Zahl der Armen, werden Sozialleistungen gekappt, Renten gekürzt und die öffentlichen Haushalte auf Sparkurs getrimmt – vor allem zu Lasten der Versorgung mit »öffentlichen Gütern«. Dem fallen Schwimmbäder, Bibliotheken, Hilfs- und Versorgungseinrichtungen und vieles mehr zum Opfer. Obwohl wir in einer der reichsten Gesellschaften auf dem Globus leben, ist das Bildungssystem notorisch unterfinanziert, und während die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau verharrt, werden die noch Beschäftigten zu längerem und intensiverem Arbeiten gezwungen. Gleichzeitig steigt die Zahl der »prekär« Arbeitenden, die von ihrem Lohn nicht leben können. In der unmittelbaren Produktion werden immer weniger Arbeitskräfte gebraucht, aber immer mehr sind damit beschäftigt, den Menschen Produkte anzudrehen, für die sie ohne die Anstrengungen der Werbeindustrie nie ein Bedürfnis entwickelt hätten. Das nennt sich Dienstleistungsgesellschaft. Die Folge davon ist, dass der Krach anschwillt, das Klima dabei ist zu kippen, die Landschaften weiter zubetoniert werden und die Müllbeseitigung einen wachsenden Teil der gesellschaftlichen Arbeit absorbiert. Dass der Kapitalismus ein System ist, das (privaten) Reichtum dadurch erzeugt, dass systematisch und in vielfacher Hinsicht (öffentliche) Armut geschaffen wird, ist augenfälliger denn je.

Der Kapitalismus mag eine historische Rechtfertigung gehabt haben, als es darum ging, die Menschen aus ihrer unmittelbaren Abhängigkeit von der Natur, von Mühsal und Elend zu befreien und die gesellschaftlichen Produktivkräfte so zu entwickeln, dass es eigentlich keine materielle Not mehr geben müsste. Halbwegs wurde dieser Zustand in einigen

¹ Zur aktuellen Arbeitsgruppe links-netz gehören: Andreas Böhm, Oliver Brüchert, Sonja Buckel, Thomas Gehrig, Werner Heinz, Joachim Hirsch, Eva-Maria Krampe, Christine Resch, Jens Wissel. Die Gruppe hat im Laufe der Zeit wechselnde Mitglieder bzw. gibt es zu einzelnen Themen Untergruppen, sodass einzelne Texte in diesem Band von unterschiedlich zusammengesetzten AGs links-netz stammen.

Teilen der Welt durch die Kämpfe sozialer Bewegungen um eine Verbesserung der Lebensbedingungen verwirklicht, die dem Kapital bekanntlich mühsam abgerungen werden muss und keinesfalls eine selbstverständliche Folge des Wirkens der Marktkräfte darstellt. Im Gegenteil: Wie Karl Polanyi (1973) gezeigt hat, zerstört das kapitalistische Markt- und Konkurrenzsystem aufgrund seiner Funktionslogik notwendigerweise seine eigenen natürlichen und menschlichen Grundlagen, solange gesellschaftliche Kräfte dem keinen Einhalt gebieten.

Nicht zuletzt als Folge der Kämpfe der Arbeiterbewegung ist eine Stufe gesellschaftlicher Produktivität erreicht worden, auf der die erzwungene Arbeit (fast) aller nicht mehr die Bedingung des materiellen Überlebens darstellt. Marx hat einmal gesagt, dass eine Produktionsweise dann historisch überlebt ist, wenn die Produktionsverhältnisse zur Fessel der Entwicklung der Produktivkräfte werden. Nun kann man sicher nicht sagen, dass das Tempo der Produktivkraftentwicklung nachgelassen hätte. Im Gegenteil, immer neue Technologien werden entwickelt, völlig neue Produkte auf den Markt geworfen; es wird vehement rationalisiert und die Fähigkeiten des qualifizierteren Teils der Arbeitskräfte steigen. Gleichzeitig werden allerdings andere zu immer stupideren Arbeiten gezwungen.

Das Problem ist also nicht die Entwicklung der Produktivkräfte an sich, sondern der sich immer deutlicher abzeichnende Umstand, dass sich damit auch ihre Zerstörungskraft potenziert: Die natürlichen Lebensbedingungen werden degradiert und im permanent angeheizten Wettlauf von mehr Arbeit für mehr Konsum von immer weniger Nützlichem und Notwendigem wird ein vernünftiges und halbwegs selbstbestimmtes Leben fast unmöglich. Genau genommen sind wir alle zum Anhängsel einer technisch-ökonomischen Maschinerie geworden, die wir scheinbar nicht mehr zu beeinflussen vermögen. Dieses Zwangsverhältnis ist es vor allem, das eine sich ausbreitende Resignation erzeugt und die Vorstellung verstärkt, dass ohnehin nichts zu machen sei. Im allgemeinen Bewusstsein verspricht die Teilnahme an demokratischen politischen Verfahren kaum noch eine Wirkung. Was ein gutes Leben ist, bestimmen längst nicht mehr wir selbst, sondern Finanzjongleure, Marketingstrategen und Produktdesigner.

Nun könnte man fragen, warum das verändert werden sollte, wenn die Menschen damit zufrieden sind. Das »glückliche Bewusstsein«, von dem Marcuse als einem Kennzeichen des eindimensionalen Menschen gesprochen hatte (Marcuse 1967) und das die EventshopperInnen bei ihrem Gang durch die Malls erfüllt, wer möchte es den Leuten mit wel-

chem Recht austreiben wollen? Das Problem ist, dass die Kommerzialisierung des Lebens im allgemeinen Durchmarsch des Marktes auch weniger schöne Kehrseiten hat. Die materielle Armut in der Welt und der dadurch verursachte Komplex von Gewalt, Krieg und Flucht lassen sich vielleicht vergessen, solange es gelingt, die Grenzen der Wohlstandsfestungen halbwegs geschlossen zu halten und militärisch einzugreifen, wenn es für die Verhältnisse hierzulande gefährlich wird. Zumal gelegentliche mildtätige Spenden das Gewissen zu beruhigen vermögen. Unmittelbarer zu spüren ist jedoch, dass auch in den reichen Metropolen die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse voranschreitet, die sozialen Unsicherheiten und Ungleichheiten dramatisch anwachsen und die individuellen Biografien immer unvermittelter dem Diktat des Marktes und der Konkurrenz unterworfen werden. Dabei schwinden viele der Bedingungen, die für eine vernünftige Gestaltung des Lebens notwendig sind.

Um noch einmal auf Marx zurückzukommen. Der hatte gesagt, dass das Kapital sich nicht mehr verwerten kann, wenn die notwendige Arbeit infolge des technischen Fortschritts auf ein Minimum reduziert wird. In seiner optimistischen Sichtweise bedeutete dies die Selbstaufhebung des Kapitalismus und die Möglichkeit zur Schaffung einer kommunistischen Gesellschaft. Diesem Zustand sind wir – zumindest was die technischen Voraussetzungen angeht – tatsächlich recht nahe gekommen. Die bestehende Produktionsweise kann nur noch durch planmäßig hergestellten Verschleiß, fortschreitende Privatisierung, Verarmung und mannigfaltige – strukturell über den »Markt« oder durch gesetzliche und administrative Manöver durchgesetzte – Arten von Arbeitszwang aufrecht erhalten werden. Dies ist ein Hintergrund dafür, dass das kapitalistische System in vielfacher Hinsicht immer offener gewaltförmig wird. Die von Marx erhoffte »wirkliche Bewegung«, die diesen Zustand aufheben könnte, ist freilich nicht in Sicht. Der herrschende Vergesellschaftungsmechanismus scheint dies umso mehr zu verhindern, je deutlicher seine Irrationalität zu Tage tritt. Sollte man sich damit abfinden? Reicht es aus, sich mit einzelnen Reparaturmaßnahmen zu begnügen? Ist es nicht an der Zeit, über eine grundsätzlich andere Einrichtung der Gesellschaft nachzudenken?

Gesellschaftsveränderung

Dass vor kurzem noch der »historische Sieg« des Kapitalismus und damit das »Ende der Geschichte« ausgerufen wurde, ist fast schon wieder vergessen. Dafür hat die andauernde schwere Krise gesorgt. Die Frage lautet heute daher eher, ob das bestehende ökonomische und gesellschaftliche System überhaupt noch bestandsfähig ist und vor einem Zusammenbruch bewahrt werden kann. Selbst wenn es dazu nicht kommen sollte, ist eine dauerhaftere Stabilisierung nicht in Sicht. Eher muss mit einer Permanenz der Krise gerechnet werden. Die politischen und sozialen Verwerfungen, die sie begleiten, werden damit weiter zunehmen. Das bezieht sich nicht allein auf fortschreitende soziale Ausgrenzungen, wachsende gesellschaftliche Ungleichheit und einen immer deutlicher werdenden politischen Autoritarismus. Dazu kommt, dass auch die ökologische Krise unter kapitalistischen Bedingungen nicht lösbar ist. Obwohl die Ideologie des Neoliberalismus angeschlagen ist und seine Versprechungen sich als falsch herausgestellt haben, wird die dadurch bestimmte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik unverändert, im Gefolge der Krise sogar noch verstärkt fortgesetzt. Die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienste sowie die fortschreitende Ökonomisierung der sozialen Beziehungen ziehen deutliche Zerfallserscheinungen nach sich. Der bedrohte gesellschaftliche Zusammenhalt wird inzwischen sogar gelegentlich zum Gegenstand des Feuilletons und von Politikerreden. Gleichzeitig wachsen auf diesem Boden Rassismus und Nationalismus und damit der Treibsatz für populistische Ablenkungsmanöver. Eine Politik, die als Ausweg aus der Krise nur auf ein weiteres Wachstum der Warenproduktion setzt, verschärft das immer offenkundiger werdende Missverhältnis von privatem Reichtum und öffentlicher Armut. Der private Reichtum konzentriert sich allerdings bei einem immer kleiner werdenden Teil der Bevölkerung. »Wachstum« heißt heute, dass eine immer weiter zunehmende Masse oft unnützer oder schädlicher Produkte produziert und vertrieben werden muss, während öffentliche Einrichtungen abgebaut und die staatlichen sozialen Sicherungssysteme ausgedünnt werden.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage nach grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen neue Aktualität. Neu deshalb, weil es dabei nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts – den gescheiterten kommunistischen Revolutionen und den fehlgeschlagenen Versuchen, den Kapitalismus durch staatliche Reformpolitik etwas sozialer zu machen – nicht darum gehen kann, diese nur mittels staatlicher Politik

durchzusetzen. Der existierende Staat ist ein Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses und daher kein Instrument, das dazu taugt, dieses grundlegend zu verändern. Deshalb sind wir auch skeptisch gegenüber der im linken politischen Spektrum verbreiteten Vorstellung, eine Rückkehr zum traditionellen bürokratischen Sozialstaat sei eine sinnvolle Perspektive. Entscheidend ist vielmehr eine praktische Umwälzung der sozialen Beziehungen, der Wertvorstellungen, der Produktionsweisen und Konsumstile, der Geschlechter- und Naturverhältnisse. Ohne diese – darauf hat auch wieder der neue Bericht des Club of Rome hingewiesen (Club of Rome 2012) – wird die Gesellschaft nicht überlebensfähig sein.

Die historische Erfahrung hat gelehrt, dass wirkliche gesellschaftliche Veränderungen nur dann stattfinden, wenn die sozialen Beziehungen bis in ihre alltagspraktischen Verästelungen hinein neu gestaltet werden. Dies ist ein mühsamer und langwieriger Weg und nicht durch Zwang »von oben«, sondern nur durch unmittelbare soziale und politische Praxis erreichbar, in gewissem Sinne also durch eine Selbstveränderung der Gesellschaft. Dazu bedarf es sozialer Bewegungen und Initiativen, die an unterschiedliche Zusammenhänge anknüpfen und sich miteinander verbinden.

Antonio Gramsci hat darauf hingewiesen, dass soziale Emanzipation den erfolgreichen Kampf um eine neue Hegemonie voraussetzt, wobei unter Hegemonie der ganze Komplex der herrschenden Vorstellungen von einer erstrebenswerten Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft verstanden wird. Dieser Kampf kann nicht abstrakt, als ideologische Auseinandersetzung geführt werden. Eine alternative Hegemonie muss sich im Zusammenhang praktischer Ansätze zu gesellschaftlicher Veränderung entwickeln.

Soziale Infrastruktur

Emanzipative Gesellschaftsveränderung heißt heute nicht zuletzt, sich vom Denken in den Kategorien der Waren- und Arbeitsgesellschaft zu verabschieden. Zumindest hierzulande ist ein Zustand erreicht, in dem der allgemeine Arbeitszwang und der damit verbundene Zirkel von Arbeit, Leistung und Kompensationskonsum entscheidend gelockert werden kann. In den Metropolen des Weltkapitalismus arbeitet ein zunehmend kleineres Segment der Gesellschaft mit Hochdruck, während der Rest zur Lohnarbeit nicht zugelassen und in verschiedenen Formen und

Graden sozial ausgeschlossen wird. Zugleich wird den Ausgeschlossenen eingeredet, sie seien selbst schuld; sie müssten sich nur mehr anstrengen, um einen der Arbeitsplätze zu bekommen, die gerade wegrationalisiert werden. Anstelle dieses Unfugs, in dem sich die Widersprüchlichkeit des Kapitalismus ausdrückt, wäre es durchaus möglich, den Arbeitszwang zumindest zu lockern und die gesellschaftlichen Bedingungen für ein vernünftigeres Leben zu schaffen. Es gilt, dafür zu sorgen, dass sich Tätigkeiten besser entfalten können, die vom Markt nicht honoriert werden, aber nützlich und weniger entfremdet sind und die die – nicht zuletzt natürlichen – Lebensbedingungen nicht weiter ruinieren. Es kommt vor allem darauf an zu erkennen, dass in einer hoch produktiven und arbeitsteilig verwobenen Gesellschaft die individuelle Lohnarbeit nicht mehr Maßstab und Grund für gesellschaftliche Anerkennung und materielles Wohlergehen sein muss und kann.

Die kapitalistische Markt- und Konkurrenzgesellschaft hat sich historisch überlebt. Die gesellschaftlichen Möglichkeiten lassen es zu, eine Soziale Infrastruktur zu entwickeln, die allen ein auskömmliches Leben ohne Arbeitszwang sichert. Das heißt einiges mehr als Grundsicherung im Sinne eines garantierten allgemeinen Grundeinkommens im Rahmen sonst gleichbleibender Verhältnisse. Das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, von kollektiver Produktion und kollektivem Konsum muss neu justiert werden. Dazu gehört vor allem, das Angebot an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen grundsätzlich zu erweitern. Lohnarbeit wird es nach wie vor geben, soweit die Bedürfnisse über diese individuelle und kollektive Grundversorgung hinausgehen. Sie kann dann aber vernünftiger und menschlichere Formen annehmen.

Deshalb schlagen wir einen massiven Ausbau der Sozialen Infrastruktur vor. Unter diesem Begriff verstehen wir die Einrichtungen, die gewährleisten, dass wichtige Grundbedürfnisse allen Menschen in rechtsverbindlich abgesicherter Weise kostenlos oder zumindest kostengünstig zur Verfügung stehen. Dies betrifft vor allem die Bereiche Gesundheit, Bildung und Kultur, Verkehr und Wohnen. Gemeinhin werden unter Infrastruktur die Einrichtungen verstanden, die dem Kapital von der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden, und ohne die es sich nicht verwerthen kann, z.B. das Verkehrs- und Rechtssystem, die Polizei, staatliche und universitäre Forschung und vieles andere mehr. Auch die Menschen brauchen eine solche Infrastruktur, um leben zu können. Teile davon gibt es schon lange, z.B. in Form öffentlicher Bildungseinrichtungen. Vor einiger Zeit gab es sogar noch einen öffentlich geförderten Wohnungsbau.

Unsere Gesellschaft hat ein Maß an Produktivität erreicht, das es möglich und notwendig macht, diese Soziale Infrastruktur grundsätzlich neu zu organisieren und auszubauen. Wir ziehen in unserem Argumentationszusammenhang den etwas sperrigen Begriff »Soziale Infrastruktur« denen der »öffentlichen Güter« oder »commons« vor. Letztere werden oft recht unspezifisch und teilweise sogar missverständlich gebraucht. Bei der Sozialen Infrastruktur handelt es sich nicht um natürlich vorhandene Güter, sondern um komplexe organisatorische Einrichtungen mit den dafür notwendigen materiellen Ressourcen, die auf spezifische Formen der kollektiven Bedürfnisbefriedigung bezogen sind.

Wenn wir uns auf den Ausbau der Sozialen Infrastruktur konzentrieren, kann das nur *einer* der auf Gesellschaftsveränderung bezogenen Ansatzpunkte sein. Dabei ist z.B. noch nicht die zentrale Frage nach den Produktionsverhältnissen thematisiert, die den Kern der bestehenden gesellschaftlichen Zustände ausmachen. Allerdings wissen wir auch, dass eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln für sich genommen noch nicht dazu führt, dass wirklich bessere Zustände entstehen. Dies wäre nur dann der Fall, wenn es zu einer grundlegenden Umgestaltung der sozialen Beziehungen, der Wertvorstellungen, der Arbeitsteilungs-, Natur- und Geschlechterverhältnisse kommt.

Entsprechende Debatten, soweit sie überhaupt geführt werden, enden in der Regel damit, dass die »Systemfrage« gestellt wird. Dies ist einigermäßen müßig und unfruchtbar. Es gibt nicht »den« Kapitalismus. Dieser kann, wie die historische Erfahrung lehrt, entsprechend der sich in ihm entwickelnden sozialen Kräfteverhältnisse recht unterschiedliche Gestalten annehmen. Es kommt vielmehr darauf an, sich endlich auf der Höhe der Zeit zu bewegen, sich einen neuen, den herrschenden Zuständen entsprechenden Begriff von Gesellschaft anzueignen und diesen schrittweise – zweifellos mittels heftiger sozialer Auseinandersetzungen – praktisch werden zu lassen. Wir stellen die »Kapitalismusfrage« bewusst nicht in allgemeiner und abstrakter Form. Vielmehr konzentrieren wir uns auf schrittweise und praktisch durchsetzbare Konzepte für eine allmähliche Veränderung der herrschenden Vergesellschaftungsformen in der Erwartung, dass dies zu neuen und weitergehenden Prozessen und Bewegungen führen wird.

Der Ausbau der Sozialen Infrastruktur zielt insofern auf eine radikalere gesellschaftliche Veränderung, als er sich auf eine der entscheidenden Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse richtet, nämlich den Zwang zur Lohnarbeit und die Vermarktlichung der sozialen Beziehungen, d.h. konkurrenzbestimmte Individualisierung. Diese stehen

einer humanen und solidarischen gesellschaftlichen Ordnung diametral entgegen. Die neoliberale Offensive hat diese Prozesse in den zurückliegenden Jahrzehnten stark vorangetrieben, und dies ist auch ein Grund dafür, dass die Frage der »öffentlichen Güter« allmählich wieder stärker in das Zentrum der politischen Debatte gerückt ist.

Die Staatsfrage

Es geht uns weder um einen Blick von »oben« noch von »unten«, sondern um die Auseinandersetzungen mit den herrschenden Vorstellungen von Gesellschaft überhaupt. Es geht auch nicht vorrangig darum, Forderungen an Staat und Parteien zu stellen, und schon gar nicht um Politikberatung. Es wäre sicher naiv anzunehmen, dass Überlegungen und Vorstellungen nur deshalb politisch wirksam und gegen massive Interessen durchgesetzt werden können, weil sie vernünftig sind. Gleichwohl spielt der Staat in unseren Überlegungen eine wichtige Rolle. Dies ergibt sich nicht nur daraus, dass staatliche Politiken für gesellschaftliche und politische Prozesse bedeutungsvoll sind. Unserer Überzeugung nach benötigt eine Gesellschaft, die auf Freiheit *und* Gleichheit beruht, zumindest angesichts ihres gegenwärtigen historischen Entwicklungsstandes eine zentrale Instanz, um das eine zu garantieren und das andere durchzusetzen. Konkret: Wenn nicht Steuern erhoben werden, was unter den bestehenden und nicht utopischen Bedingungen nur durch Zwang möglich ist, ist eine ausreichend gleiche materielle Ausstattung der Gesellschaftsmitglieder – soziale Sicherheit – nicht möglich. Dann bliebe nur private Mildtätigkeit mit den damit verbundenen Abhängigkeiten, also eine Art Feudalismus. Dieser spielt, z.B. in Form mächtiger privater und ihre eigenen Interessen verfolgender Stiftungen, eine immer größere und sehr problematische Rolle. Sie passt jedenfalls ebenso wie privates soziales Engagement oder »Bürgerarbeit« nahtlos in neoliberale Gesellschaftskonzepte.

Auch auf privater Basis selbstorganisierte Ansätze, wie z.B. gemeinschaftliche Wohnprojekte, können eine staatlich oder kommunal finanzierte und organisierte Soziale Infrastruktur des Wohnens nicht ersetzen, auch wenn sie wichtig sind, nicht zuletzt um neue rechtliche und organisatorische Formen auszuprobieren und andere, solidarischere Lebensweisen zu praktizieren. Allerdings setzen sie gewisse soziale Privilegierungen voraus und sind für viele, die nicht über die nötigen ökonomischen, kulturellen und sozialen Ressourcen verfügen, nicht machbar.

Es geht um die Durchsetzung von allgemein verbindlichen Rechtsansprüchen.

Wir wissen, dass eine wirklich freie und humane Gesellschaft unter kapitalistischen Bedingungen nicht möglich ist und schon gar nicht mittels staatlicher Politik durchgesetzt werden kann. Der bestehende Staat ist nicht die Verkörperung eines realen Allgemeininteresses, sondern Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses und damit Klassenstaat. In den Auseinandersetzungen um andere Formen der Vergesellschaftung wäre eben dies zu thematisieren. Es geht weder um staatszentrierte Reformpolitik (die gescheitert ist), noch um gesellschaftliche Veränderungen am Staat vorbei. Wir müssen berücksichtigen, dass der Staat nicht einfach nur ein Instrument der herrschenden Klasse ist, sondern eine gegenüber den Klassen relativ autonome Instanz, in der sich soziale und Klassenbeziehungen materiell verdichten. Das bedeutet, dass sich soziale Kämpfe auch innerhalb des Staatsapparates abspielen und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse seine Struktur und Funktionsweise beeinflussen. Emanzipative Kämpfe sind daher immer Kämpfe sowohl innerhalb als auch gegen den Staat. Die Forderung nach einem Ausbau der Sozialen Infrastruktur zielt darauf ab, das gesellschaftliche Bewusstsein und damit die sozialen Kräfteverhältnisse so zu verändern, dass sich der Charakter der staatlichen Apparatur verändert und damit zugleich die Bedingungen für soziale Kämpfe verbessert werden.

Auch wenn sich unsere Vorstellungen auf eine Veränderung der Struktur und Funktionsweise des Staates richten, sind wir uns bewusst, dass eine freie und humane Gesellschaft nur durch politisch-soziale Selbstorganisation, eine unabhängige Öffentlichkeit, soziale Bewegungen und praktische Initiativen erreichbar ist. Diese mit voranzutreiben ist unser Ziel. Dies setzt aber voraus, dass gesellschaftliche Strukturen und deren Effekte erkannt und konkrete Ziele formuliert werden können. Die Überlegungen zum Ausbau der Sozialen Infrastruktur richten sich auf eines dieser konkreten Ziele. Eine breitere Diskussion darüber und ihre wie auch immer im Einzelnen geartete Verwirklichung würde die Gesellschaft merkbar verändern. Das wäre zumindest ein Schritt in Richtung auf weiter gehende Transformationsprozesse. Mit anderen Worten: Es geht um einen »radikalen Reformismus« – »radikal« deshalb, weil auf die Veränderung grundlegender gesellschaftlicher Strukturen gezielt wird, »Reformismus«, weil dies nicht durch Macht und Gewalt, sondern nur durch den allmählichen Wandel gesellschaftlicher Werte und Verhaltensweisen erreichbar ist.

Dies setzt konkrete Vorstellungen von alternativen Vergesellschaftungsformen voraus, die sich nur im Rahmen politisch-sozialer Kämpfe und den damit verbundenen Erfahrungs- und Lernprozessen entwickeln können. Kurzum glauben wir nicht, dass die von uns zur Diskussion gestellten Überlegungen zum Ausbau der Sozialen Infrastruktur kurzfristig realisierbar sind. Wir sind uns auch dessen bewusst, dass deren konkrete Ausgestaltung eine Angelegenheit gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Kompromisse sein wird. Kommt jedoch eine breitere Diskussion darüber in Gang, werden sich auch die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern.

Der praktische Kontext

Bei unseren Überlegungen beziehen wir uns auf Initiativen und Projekte, die sich schon seit Langem mit diesen Fragen beschäftigt haben. Als unabhängig arbeitende Gruppe von Menschen aus verschiedenen Berufen geht es uns nicht darum, ein spezielles Interesse zu vertreten, sondern das – auch bei den Beherrschten und Unterdrückten – herrschende Denken zu verändern, und um eine Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Strukturen, die dieses bedingen. Wir wollen Diskussionen anregen und eine andere Sicht auf die Gesellschaft entwickeln, uns also in hegemoniale Kämpfe einmischen. Unsere Mittel sind nicht sozialer oder ökonomischer Druck, sondern theoretische Arbeit, Analyse und Überzeugung. Die Forderungen, die in sozialen Konflikten und Kämpfen gestellt werden, und die dort entwickelten Vorstellungen, was ein »gutes Leben« sei, sind für uns ein wesentlicher Ausgangspunkt, können aber nicht fester Maßstab sein. Dies schon deshalb nicht, weil sie aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Lagen und Orientierungen heraus durchaus gegensätzlich sein können.

Wie schon gesagt, beziehen sich unsere Vorstellungen auch auf Diskussionen und Ansätze aus anderen Zusammenhängen. Wichtige Anregungen haben wir von Initiativen erhalten, die sich schon seit Längerem mit dem allgemeinen und bedingungslosen Grundeinkommen oder »Existenzgeld« beschäftigen. Der Unterschied besteht darin, dass wir den Schwerpunkt auf die Soziale Infrastruktur legen. Das heißt, dass es uns nicht nur um Verteilungsfragen geht, sondern um neue gesellschaftliche Formen jenseits des Geldverhältnisses.

Der vorliegende Band ist auch aus Diskussionen mit der Redaktion der Zeitschrift »Widersprüche« hervorgegangen. Von dieser stammen auch

einige der Beiträge. Bleibt noch anzumerken, dass wichtige Anregungen zur Beschäftigung mit diesem Thema von Heinz Steinert, unserem leider zu früh verstorbenen Kollegen, ausgegangen sind.

Das Buch

Der Erläuterung dessen, um was es geht, folgt ein Text von Heinz Steinert aus dem Jahr 2004, in dem – in Reaktion auf die (repressive) Sozialpolitik der seinerzeitigen rot-grünen Regierung – kritisiert wird, dass die unter Linken verbreitete »hilflose Verteidigung« des fordistischen Sozialstaats den disziplinierenden Charakter desselben übersieht und den gegenwärtigen ökonomischen und gesellschaftlichen Anforderungen nicht mehr gerecht wird. Der Text von Kirsten Huckenbeck und Thomas Gehrig beleuchtet die Krise, in der sich die lohnabhängigen Sozialversicherungssysteme befinden und wie diese den Abbau solidarischer Leistungen beschleunigt. Diese Beiträge geben Aufschluss über den Kontext, in dem die AG links-netz ihre Vorstellungen von einer »Sozialen Infrastruktur« entwickelt hat.

Diese stellen wir in den Beiträgen drei bis acht ausführlich vor. Darin ist auch ein »bedingungsloses Grundeinkommen« vorgesehen, selbst wenn dieses mitnichten den wichtigsten Aspekt ausmacht. Unsere sozialpolitische Alternative steht in der Tradition eines »radikalen Reformismus«, sieht also vor, dass es unter kapitalistischen Bedingungen realisierbar wäre, diese aber zugleich verändern würde. Dass wir an einem »allgemeinen und bedingungslosen Grundeinkommen« festhalten, ist dem geschuldet: Solange vieles nur warenförmig verfügbar ist, brauchen die Menschen ein Einkommen, über das sie jenseits von Lohnarbeitszwang verfügen können. Dieses würde nicht nur den Arbeitszwang lockern, sondern auch viele gesellschaftlich notwendige und nützliche Tätigkeiten möglich machen. Wolfgang Völker informiert über die vielfältigen Debatten und die verschiedenen Interessen der daran beteiligten Akteure. In seinem Beitrag untersucht er, welche Ansätze emanzipatorischen Charakter haben und welche nicht.

Weiter beschreiben wir, was Soziale Infrastruktur in gesellschaftlich relevanten Bereichen – Gesundheit, Bildung, Wohnen, Verkehr – bedeutet und welche »positiven« Organisationsformen dafür denkbar wären, aber auch, was nicht zur Sozialen Infrastruktur gehört und gestrost dem Markt überlassen werden kann. Mit dem Bereich Verkehr hat sich die Gruppe ZAK³ befasst. Dieser Beitrag ist deshalb besonders

aufschlussreich, weil er zugleich einen Bericht aus dem kommunalpolitischen Handgemenge enthält. Hier wurde, so könnte man es auch formulieren, in (real-)politischen Aktionen erprobt, ob sich mit dem Konzept einer Sozialen Infrastruktur konkrete Anliegen untermauern und durchsetzen lassen.

Dennoch stellen unsere Vorstellungen keine Blaupause für politisches Handeln dar. Sie enthalten auch keine fertigen Modelle. Sie sind vielmehr als Einladung zu verstehen, daran mit- und weiterzudenken. Die Redaktion der Zeitschrift *Widersprüche* hat diese Einladung angenommen. Es gab intensive gemeinsame Debatten. Neben dem schon erwähnten Beitrag von Wolfgang Völker gleichen Michael May und Ellen Bareis gemeinsam mit Helga Cremer-Schäfer ab, wie sich Soziale Infrastruktur zu der von den *Widersprüchen* formulierten »Politik des Sozialen« verhält. Sie tun das, indem sie die Möglichkeiten der Aneignung »von unten« ausloten. Welche Ressourcen es braucht, damit aus Sozialer Infrastruktur Gebrauchswerte werden können und wie sich bei ihrer Ausgestaltung gewährleisten lässt, dass es partizipatorisch und nicht von vermeintlichen Expert/inn/en vorgegeben geschieht.

Ein Problem, mit dem wir uns immer wieder herumschlagen mussten, besteht darin, dass unsere Vorstellungen von Sozialer Infrastruktur zwar in »reichen« Gesellschaften realisierbar erscheinen, sich damit aber zugleich die Frage nach nationalstaatlichen Grenzen, Migration und globaler Ungleichheit stellt. Der Beitrag von Thomas Gebauer beschäftigt sich damit, wie eine Soziale Infrastruktur im globalen Maßstab – hier bezogen auf den Gesundheitsbereich – geschaffen werden könnte. Seine Überlegungen stehen im Zusammenhang mit den Aktivitäten einer internationalen Gruppierung von NGO-Vertretern und Experten, die ähnliche Vorstellungen wie wir entwickelt haben.

Und zum Schluss: Im Internet stehen auf »www.links-netz.de/Schwerpunkte: Sozialpolitik als Soziale Infrastruktur« eine Reihe weiterer kritischer Beiträge zu unseren Überlegungen.

Eine Bemerkung zur gendergerechten Sprache in diesem Band: In den Beiträgen wird damit sehr variantenreich umgegangen. Es gibt das generative Maskulinum ebenso wie das Binnen I und den Gender Gap; die Möglichkeit der Aufzählung männlicher und weiblicher Formen mit Schrägstrich steht neben der Nennung beider Formen. Wir haben darauf verzichtet, diese Formen zu vereinheitlichen, und zwar in der Hoffnung, dass damit die Aufmerksamkeit auf die Vielfältigkeit der möglichen Positionen in Bezug auf geschlechtsneutrale Sprachregelungen gelenkt wird.

Literatur

Club of Rome (2012): Der neue Bericht des Club of Rome. München.

Marcuse, Herbert (1967): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Neuwied/Berlin.

Polanyi, Karl (1973): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/Main.

Die Autorinnen und Autoren

AG links-netz, Autor/inn/en-Kollektiv, das sich aus der Redaktion von links-netz gebildet und die Überlegungen zur Sozialen Infrastruktur diskutiert und ausgearbeitet hat.

Ellen Bareis, Professorin für Gesellschaftliche Ausschließung und Partizipation, Hochschule Ludwigshafen, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswissenschaften, Mitglied der Widersprüche-Redaktion.

Oliver Brüchert, Frankfurt am Main, Soziologe, Tarifreferent bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, links-netz.

Helga Cremer-Schäfer, pensionierte Professorin für Erziehungswissenschaft mit den Schwerpunkten Sozialpädagogik und soziale Ungleichheit an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Mitherausgeberin des Kriminologischen Journals und Mitglied der Widersprüche-Redaktion.

Thomas Gebauer, Psychologe, Geschäftsführer der sozialmedizinischen Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medio international.

Thomas Gehrig lehrt Sozialpolitik und ist Mitglied der Redaktionen von links-netz und der Zeitschrift express.

Werner Heinz, Stadt- und Regionalforscher, bis 2009 Leiter der Kölner Abteilung des Deutschen Instituts für Urbanistik, Freier Berater und Gutachter.

Joachim Hirsch, emeritierter Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Vorstandsmitglied der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medio international, links-netz.

Kirsten Huckenbeck, Gesellschaftswissenschaftlerin, Redakteurin des express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, Lehrbeauftragte.

Eva-Maria Krampe, Frankfurt am Main, Soziologin, Schwerpunkt Pflege und Gesundheitswesen, links-netz.

Michael May, Professor für Theorie und Methoden der Jugendarbeit, der Gemeinwesenarbeit und der Randgruppenarbeit an der Hochschule RheinMain, Mitglied der Widersprüche-Redaktion.

Christine Resch, Frankfurt am Main, Soziologin, Arbeitsschwerpunkte: Kritische Theorie, Kulturosoziologie, Kapitalismustheorie, links-netz.

Heinz Steinert (1942-2011), emeritierter Professor für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Mitbegründer und bis 2000

Leiter des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie Wien; links-netz.

Wolfgang Völker, Hamburg, Pädagoge, Mitglied der Widersprüche-Redaktion: www.widersprueche-zeitschrift.de.

ZAK³, die Gruppe hat sich 1978 als »Zentralamerikakomitee« in Tübingen gegründet; aktiv gegen Kapitalismus, Krieg und Kohlendioxid. Siehe: www.zak-tuebingen.org.